

JETZT REICHT'S



EUROPAS INDUSTRIE EUROPAS ARBEITSPLÄTZE UNSERE ZUKUNFT

Die europäische Industrie steht an einem Scheideweg.

**Deindustrialisierung ist nicht unvermeidlich.
Europa muss sich entscheiden.**

Europa verfügt über die Voraussetzungen für Erfolg – qualifizierte Arbeitskräfte, den größten Binnenmarkt, weltweit führende Forschungseinrichtungen, wettbewerbsfähige Unternehmen und politische Stabilität – **ohne dass von den Beschäftigten verlangt werden muss, den Preis für jahrzehntelange Investitionsrückstände zu zahlen.**

**DAS GELD WAR DA.
ES GING AN DIE AKTIONÄRE.**

Die Industriegiganten behaupten, sie könnten sich die europäischen Beschäftigten nicht mehr leisten. Ihre eigenen Finanzberichte erzählen jedoch eine andere Geschichte.



2X SCHNELLER

Der Gewinn pro Beschäftigten stieg im verarbeitenden Gewerbe der EU-27 **doppelt so schnell** wie das Entgelt pro Beschäftigten.

1,6 BILLIONEN EURO

Von 2010 bis 2023 schütteten europäische Unternehmen in wichtigen Energiebranchen 1,6 Billionen Euro **an ihre Aktionäre aus**¹.

2.19 MILLIONEN

Anzahl der seit 2007 in Europa **verlorenen Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe.**



**Geld ist da,
aber werden sie hier investieren?**

**ÖFFENTLICHE MITTEL MÜSSEN EINEN
ÖFFENTLICHEN NUTZEN BRINGEN**

Unsere Untersuchung zeigte deutlich mangelnde Konditionalität, Gegenseitigkeit und Rechenschaftspflicht auf:



4 VON 5

Betrachtet man die 300 größten Nichtfinanzunternehmen Europas², kommen fast vier von fünf Umstrukturierungsankündigungen von Unternehmen, **die im selben Jahr einen Gewinn ausweisen.**

1,58 MILLION

Recherchen des EGB haben ergeben, dass Dutzende multinationaler Unternehmen **Umstrukturierungen angekündigt haben**, mit Auswirkungen auf insgesamt über 1,58 Millionen Arbeitsplätze, während sie **im selben Jahr staatliche Beihilfen erhielten.**

4,9 MILLIARDEN EURO

Höhe der staatlichen Beihilfen, die allein die großen europäischen Automobilhersteller seit 2016 erhalten haben. Diese öffentlichen Mittel waren mit **wenigen oder gar keinen durchsetzbaren sozialen Auflagen verbunden.**



**Europa darf nicht seine eigene
Deindustrialisierung subventionieren.**

¹ Forschungsergebnisse bereitgestellt von [SOMO](#)

² Forschungsergebnisse bereitgestellt von [ETUC/University College London](#)

UNSERE FORDERUNGEN

„MADE IN EUROPE“ UND NICHT NUR „MADE WITH EUROPE“

Europa braucht eine Industriestrategie, die staatliche Förderung und Investitionen an europäische Produktion und an Arbeitsplätze entlang der gesamten Wertschöpfungskette knüpft.

Staatlich geförderte Produkte sollten **einen Mindestanteil an europäischen Bestandteilen aufweisen**.

Und „Made in Europe“ muss für **gute Arbeitsplätze, hohe Sozial- und Umweltstandards sowie Gegenseitigkeit im fairen Handel stehen**.



1. KEINE ÖFFENTLICHEN GELDER OHNE VERBINDLICHE AUFLAGEN

Staatliche Unterstützung muss **Arbeitsplätze, Tarifverhandlungen, Umschulung und Schutz vor Standortverlagerungen gewährleisten**. Keine Subventionen für Dividenden oder Aktienrückkäufe sowie Rückforderungen bei Nichteinhaltung von Verpflichtungen.

2. EUROPÄISCHE NACHFRAGE NUTZEN, UM DIE EUROPÄISCHE INDUSTRIE ZU UNTERSTÜTZEN

Nutzt das **öffentliche Beschaffungswesen und andere Anreize**, um die Nachfrage nach in Europa produzierten Gütern anzukurbeln und Investitionen in die europäische Produktion und die Lieferketten zu sichern.

3. WERTSCHÖPFUNGSKETTEN IN EUROPA HALTEN

Rohstoffe, Komponenten, Forschung und Entwicklung sowie Endmontage in Europa verankern und dabei **gute Arbeitsplätze mit hohen sozialen und ökologischen Standards** schaffen und gleichzeitig die Anforderungen an den lokalen Anteil auf andere strategische Sektoren ausweiten.

4. PRODUZIERT IN EUROPA

Die Politik muss **Produkte mit einem erheblichen, nachweisbaren europäischen Anteil fördern**. „Made in Europe“ und nicht „Made with Europe“.

Das bedeutet: hier entwickelte Technologie, hier hergestellte Komponenten, hier ausgebildete Arbeitskräfte und hier geschaffener Mehrwert.